

DSTG *magazin*

Gewerkschaftsorgan der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Juni 2007 · 56. Jahrgang

6

Die Stadthalle
in Chemnitz
ist Austragungsort
des
16. Steuer-
Gewerkschafts-
tages vom
24. bis 26. Juni
2007.



Vor dem Steuer-Gewerkschaftstag in Chemnitz:

**DSTG stellt sich auf härtere Zeiten und Kampf
auf neuen Feldern ein**

Gewerkschaftstag des Landesverbandes Berlin

DSTG lehnt Abgeltungsteuer entschieden ab



> Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Berlin stand in den letzten Wochen im Zeichen Europas. Während der deutschen EU-Präsidentschaft wurde die Bundeshauptstadt mit vielen Veranstaltungen zur europäischen Bühne. Eine internationale Steuerkonferenz im Bundesfinanzministerium befasste sich mit der Konzernbesteuerung. Noch ist die deutsche Unternehmensteuerreform vom Parlament nicht verabschiedet, aber bereits jetzt zeigen sich neue Aspekte für die Besteuerung von international tätigen Konzernen. Der Schlüsselbegriff ist hier die gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage. In diese Richtung geht auch eine Forderung der DSTG, weil internationale Vergleiche nur sinnvoll durchgeführt werden können, wenn die Gewinne in allen europäischen Staaten nach einheitlichen Bemessungsgrundlagen ermittelt werden.

In einer Zukunftsvision wurde sichtbar, dass die Konzernbesteuerung zentral an einem Hauptfinanzamt abgewickelt werden soll, nämlich dort, wo die Holding residiert. Vom Holdingsitz aus würde die Betriebsprüfung zentral gesteuert werden. Maßgeblich soll auch hier das one-stop-shop-Verfahren sein. Das heißt ein Anlauffinanzamt für den gesamten Konzernverbund. Wenn nicht gleichzeitig international die Steuersätze angenähert werden, ist schon erkennbar, dass ein Steuerwettbewerb um die Holdingsitze einsetzen wird. Damit hätte man ein neues Argument, die Unternehmensteuersätze noch weiter abzusenken.

Gegen niedrige Steuersätze haben wir im Grundsatz nichts, nur muss die Frage erlaubt sein, wer soll dann den Staat noch finanzieren? Die Arbeitnehmer werden immer höher belastet, die Unternehmer immer mehr entlastet. Eine solche Entwicklung stört auf Dauer den sozialen Frieden in unserer Republik. Dabei ist der Finanzbedarf des Staates ungebrochen. Angesichts der neuen Steuerschätzungen, die für alle Gebietskörperschaften ein Plus von 190 Mrd. Euro erbringt, ist die Wunschliste der Ministerien an den Bundesfinanzminister bereits lang geworden. Leider hat Bundesinnenminister Schäuble, zumindest öffentlich, keine Mittel für eine Gehaltserhöhung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes angefordert, obwohl Einkommensanpassungen im öffentlichen Dienst für die Tarifbeschäftigten wie für die Beamten längst überfällig sind. Wegen der schlechten Kassenlage wurde über drei Jahre hinweg eine Nullrunde verordnet, Sonderzahlungen wurden gekürzt und die Beschäftigten zur Kasse gebeten. Wenn sich nun die Kassenlage bessert, muss der Bundesinnenminister beim Finanzminister auf dem Teppich stehen und die nötigen Finanzmittel für die Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung einfordern. 4 % Plus überfordert die Kassen nicht. Denn auf den Gesamthaushalt bezogen, liegen die Personalkosten des Bundes bei rund 11 %. Das heißt auf den Bundeshaushalt bezogen wären 4 % Plus, 0,5 % Mehrausgaben für Personal. Dies ist machbar und überfällig.

Inzwischen liegt ein weiteres neues Steueränderungsgesetz auf dem Tisch der Koalition. Der Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements beinhaltet steuerliche Absenkungen, die sich in der vollen Jahreswirkung auf 440 Mio. Euro summieren. Auch gegen diese Steuererleichterungen hat die DSTG nichts einzuwenden. Diese 440 Mio. Euro sind aber in etwa der Betrag, der bei den Bundesbediensteten als Sparopfer eingesammelt wurde.

Dies alles und noch einige Punkte mehr würden wir gern dem Bundesfinanzminister Peer Steinbrück auf dem Ende Juni stattfindenden Steuer-Gewerkschaftstag der DSTG präsentieren. Obwohl der Termin dem Bundesfinanzminister seit mehr als einem Jahr bekannt ist, sieht sich sein Büro nicht in der Lage, die Teilnahme des Bundesfinanzministers zuzusagen. Der Finanzminister hat offenbar für die Beschäftigten seiner Einnahmeverwaltung keine Zeit. Dabei möchte er gerne die gesamte Steuerverwaltung als Bundesverwaltung übernehmen. Ein Dienstherr, der für seine Beschäftigten keine Zeit hat, ist kein guter Dienstherr. Insofern sehen wir in der Teilnahme oder Nichtteilnahme am Steuer-Gewerkschaftstag auch ein Signal, ob er tatsächlich ernsthaft will, im Rahmen der Föderalismusreform II, den Zuschlag für die Bundessteuerverwaltung zu bekommen. Auch in diesem Punkt wollen wir Finanzminister Steinbrück in Chemnitz Fragen stellen. Mal sehen, ob er kommt. Alle Ehrengäste, die nach Chemnitz kommen, sind uns herzlich willkommen.

Mit kollegialen Grüßen

Dieter Ondracek

> Impressum

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 00, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, **Internet:** www.dstg-verlag.de, **E-Mail:** dstg-bund@t-online.de, **Verantwortlich:** Dieter Ondracek, Rafael Zender. **Verlag:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, **E-Mail:** stgv@dstg-verlag.de. **Fotos:** M. Darchinger, DSTG-Archiv, Fiegel. **Anzeigenverwaltung DSTG magazin:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Elke Schmidt, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, **E-Mail:** stgv@dstg-verlag.de. **Anzeigenpreisliste** Nr. 24 gültig ab 1. Oktober 2005. Nachdruck honorarfrei gestattet. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Bezugsbedingungen:** Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar.

Herausgeber der dbb seitens: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, (0 30) 40 81-40, Telefax (0 30) 40 81-55 98. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Chefredaktion:** Dr. Walter Schmitz; **Redaktion:** Christine Bonath, Jan Brenner; **Redaktionssekretärin:** Sabrina Bruns. **Redaktionsschluss** am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Fotos:** dpa, Fiegel, MEV. **Verlag:** dbb Verlag GmbH. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 7 26 19 17-0, Postbank: Köln 2017 04-503. **Versandort:** Düsseldorf. **Herstellung und Anzeigen:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de. **Anzeigenleitung:** Ulrike Niggemann. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrisovergis, Tel. (02 11) 73 57-8 41, **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, Telefon (02 11) 73 57-5 63, Telefax (02 11) 73 57-5 07. **Anzeigentarif** Nr. 48 (dbb magazin), gültig ab 1. 10. 2006. **Druckauflage** dbb magazin: 766.050 Exemplare (IVW 2/2006). **Vertrieb:** Heike Lohe, Tel. (02 11) 73 57-8 54, Telefax (02 11) 73 57-8 91. **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. **ISSN 0178-207X**



> DSTG

- > Vor dem Steuer-Gewerkschaftstag in Chemnitz: DSTG stellt sich auf härtere Zeiten und Kampf auf neuen Feldern ein 4
- > Die bisherige Kandidatenliste für die Wahl der DSTG-Bundesleitung 6
- > Gewerkschaftstag des Landesverbandes Berlin 8
- > DSTG lehnt Abgeltungsteuer entschieden ab 11
- > Konsequenzen aus Anhörung von Experten: Unternehmensteuerreform wird nachgebessert 12
- > Seminar „höherer Dienst“ in Königswinter ist ein Magnet 14
- > Seminar über neues Tarifrecht 15
- > Großer DSTG-Erfolg bei HPR- und BPR-Wahlen in Sachsen 15
- > Tauschecke 16

> dbb

- > dbb Kongress zum Bürokratieabbau: Weniger Bürokratie und besseres Recht 18
- > Bundeshauptvorstand in Bremen 19
- > dbb unterstützt Nichttraucherschutz 19
- > Kongress Bürokratieabbau: Medieninteresse 20
- > Privatisierung: Keine Lösung 20
- > Tarifpolitik der Länder 21
- > 7. Symposium der dbb tarifunion 21
- > Mitgliederservice 22
- > 6. Forum Personalvertretungsrecht 23
- > Bürokratieabbau: Best Practice in Brandenburg 24
- > Drei Fragen an Frank Stöhr 26
- > Europäischer Dialog der Zivilgesellschaft 27
- > 2. Fachtagung der Akademie Europa 27
- > Internationaler Jugendaustausch 28
- > Tacker 28
- > Novelle des Eichgesetzes 30
- > Mittagsgespräch 32
- > Glosse 37
- > Verständliche Gesetzentwürfe: Amtsdeutsch a. D. 38
- > 50 Jahre dbb bundesfrauenvertretung: Frauenpolitik im Wandel 40
- > die andere meinung 44
- > Interview mit Brigitte Zypries, Bundesministerin der Justiz 46

Vor dem Steuer-Gewerkschaftstag in Chemnitz

DSTG stellt sich auf härtere Zeiten

Vom 24. bis 26. Juni 2007 findet der 16. Steuer-Gewerkschaftstag unter dem Motto „Starke Steuerverwaltung – sichere Staatsfinanzen“ in Chemnitz im Freistaat Sachsen statt.

Rund 300 Delegierte werden im höchsten DSTG-Gremium über 200 Anträge beraten und die gewerkschaftlichen Leitlinien für die kommende Wahlperiode debattieren und festlegen.

Der 16. Steuer-Gewerkschaftstag findet in einer Zeit der Umbrüche und Neuerungen in zahlreichen Bereichen statt, von denen die Kolleginnen und Kollegen stark betroffen sind. Das fängt bei der fiebrigen und unübersichtlichen Steuergesetzgebung an und setzt sich fort bis hin zu den durch die Föderalismusreform verursachten Änderungen im Beamtenrecht. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen kann die DSTG auf zahlreichen gewerkschaftlichen Arbeitsfeldern Erfolge vorweisen oder hat schlimmere Entwicklungen abwenden können.

► „Ausreißer“ im Steuerrecht verhindert

Zu den Aufgaben der DSTG gehört es nicht nur direkte Interessen ihrer Mitglieder – wie Fragen des Beamten-, Besoldungs- und Versorgungs- sowie des Tarifrechts – zu vertreten, sondern es muss sichergestellt sein, dass der Steuerverwaltung nicht Aufgaben aufgebürdet werden, die mit dem vorhandenen Personal nicht mehr zu bewältigen sind. Während der Gesetzgebungsprozesse spielen Fragen der Praxistauglichkeit in der Regel eine eher untergeordnete Rolle – die DSTG setzt sich aus Sicht der Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern deshalb vor allem dafür ein, dass die Steuergesetze handhabbar und praxistauglich bleiben.

Während eines laufenden Gesetzgebungsverfahrens nimmt die DSTG Stellung zu Referentenentwürfen, versucht über die Länderfinanzminister Einfluss auf den Bundesrat zu nehmen und lässt die Praktikerperspektive über die Finanzpolitiker der Fraktionen in den Bundestag einfließen. In den Expertenanhörungen im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags wird die DSTG-Sicht förmlich und vertieft durch schriftliche und mündliche Stellungnahmen in die Meinungsbildung der maßgebenden Finanzpolitiker eingebracht.

Aufgrund der Reformfreudigkeit der letzten und der aktuellen Regierungskoalition ist der Steuerfachverstand der DSTG vielfach gefragt – seit dem 15. Steuer-Gewerkschaftstag im Juni 2003 konnte die DSTG mit 36 Stellungnahmen zu steuerrechtlichen Vorhaben, Referenten- und Gesetzesentwürfen die Praktikerperspektive begründen und auf die Einhaltung der sozialen Symmetrie hinwirken. Dabei ist es gelungen, ausufernde und unvermeidbare Mehrarbeit für die Steuerverwaltung zu verhindern.

► Finanzbeamte haben in der Bevölkerung keine Lobby

Die steuerpolitische Arbeit der DSTG ist eingebettet in eine intensive Medien- und Öffentlichkeitsarbeit.

Dabei ist es gelungen, auch die Interessen und Belange der Beschäftigten in den Steuerverwaltungen in die Öffentlichkeit zu transportieren. Die DSTG ist für Journalisten und Steuerpolitiker sämtlicher Couleur, vielfach auch aus dem Ausland, erste Adresse in Berlin zu aktuellen Fragen rund um das Steuerrecht geworden. Die Journalisten

schätzen die steuerrechtlichen Kenntnisse und sind dankbar, wenn sie in klar verständlicher Form seriös über Hintergründe informiert werden. In diesem Zusammenhang ruft die DSTG das Interesse für die beruflichen Belange der Finanzamtsbeschäftigten hervor, was anderen Gewerkschaften mit lediglich berufspolitischem Ansinnen wegen des fehlenden Interesses der Öffentlichkeit kaum gelingt.

Finanzbeamte haben keine natürliche Lobby in der Bevölkerung – trotzdem ist es gelungen den Steuerbürgern zu vermitteln, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern als hoch qualifizierte Dienstleister an ihrer Seite stehen.

Die intensive Öffentlichkeitsarbeit auf Bundesebene hat zudem einen weiteren positiven Effekt – sie unterstützt das „Standing“ der DSTG in den Ländern und hilft vor Ort bei der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen.

► Steuerpolitik auf verschiedenen Ebenen

Die DSTG bringt sich auf allen Ebenen aktiv in die Steuerpolitik ein. Sie arbeitet seit 1957 mit anderen in der Steuerrechtspflege tätigen Verbänden und Organisationen in der Arbeitsgemeinschaft Klimatagung mit dem Ziel zusammen, weiterhin ein gutes Steuerklima zu pflegen. Im konstruktiven Austausch werden aktuelle Steuerrechtsthemen und -problemfelder debattiert und versucht verbandsübergreifende Lösungen zu finden. Verhandlungsleiter der Arbeitsgemeinschaft Klimatagung ist der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek. Die Administration der Arbeitsgemeinschaft wird von der DSTG-Bundesgeschäftsstelle über-

nommen. Über die Union des Finanzpersonals in Europa – ein Zusammenschluss von derzeit 42 nationalen Gewerkschaften aus dem Zoll- und Steuerbereich aus 19 europäischen Staaten mit mehr als 400 000 Einzelmitgliedern – bringt die DSTG die Interessen des Finanzpersonals ein. Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek wurde im Herbst 2006 zum Präsidenten der UFE wieder gewählt. Das UFE-Generalsekretariat wird von DSTG-Bundesgeschäftsführer Rafael Zender wahrgenommen.

► Steuergerechtigkeit bedingt angemessene Personalausstattung

Das Steuerrecht wird auch zukünftig zu den Rechtsgebieten gehören, die starken politischen Fliehkräften ausgesetzt sind. Aus diesem Grund wird sich die DSTG auf dem kommenden Gewerkschaftstag zu den grundsätzlichen Reforminhalten zum Steuerrecht positionieren.

Dazu gehört unabdingbar eine durchgreifende Vereinfachung des Steuerrechts. Nur so kann die Steuerverwaltung ihrer gesetzlichen Aufgabe nachkommen und die Steuern gleichmäßig und somit gerecht festsetzen und erheben. Es ist wichtig, dass die Steuergesetze leicht verständlich sind, weil nur so die Akzeptanz beim Steuerbürger sich wiederherstellen und das Volumen der Steuerhinterziehung begrenzen lässt. Der politische Prozess, aus Gründen der Gerechtigkeit jeden noch so kleinen Einzelfall individuell regeln zu wollen, hat dazu geführt, dass Steuergerechtigkeit in der Praxis nicht mehr vorhanden ist.

Zur Steuergerechtigkeit gehört auch die Eindämmung und Reduzierung des Volumens von Steuersubventionen, das konti-

und Kampf auf neuen Feldern ein

nuierlich gestiegen ist. Waren es im Jahr 1998 noch knapp 40 Milliarden Euro, so erreichte die mit dem Steuerrecht vorgenommene staatliche Umverteilung im Jahr 2005 erstmals die 50-Milliarden-Euro-Grenze. Im Hinblick auf die Kurzlebigkeit und Fiebrigkeit des deutschen Steuerrechts gehört neben einer ausgewogenen Reduzierung des Steuersubventionsvolumens vor allem die Wiederherstellung der Rechts- und Planungssicherheit des Steuerrechts zu den wichtigsten Eckpunkten einer Steuervereinfachung.

Mit der Herstellung der Steuergerechtigkeit verbunden ist auch eine angemessene Personalausstattung der Steuerverwaltung. Die Tatsache, dass

größtenteils Steuererklärungen nicht mehr intensiv geprüft werden können, wie es sein sollte, ist nicht hinnehmbar und führt zu keiner gerechten Steuerfestsetzung.

Daneben führt die personelle Unterbesetzung der Ämter bei den Beschäftigten für immer größeren Unmut. Allein in den letzten fünf Jahren wurde die Steuerverwaltung um 15 000 Beschäftigte reduziert, obwohl Aufgaben und Arbeitsanfall weiter wachsen.

► Beschäftigte nicht durch Maschinen ersetzbar

Neben steuerpolitischen Fragen wird sich die DSTG in Chemnitz zu weiteren zukunftsrelevanten Themenbereichen positionie-

ren und die gewerkschaftlichen Leitlinien festlegen.

Dazu gehören die sich verändernden Bedingungen in der Steuerverwaltung – geprägt von drastischen Sparmaßnahmen und Personaleinsparung. Die Verwaltung sucht nach Konzepten, wie trotz der politisch vorgegebenen Personaleinsparungen der Steuervollzug noch sichergestellt werden kann. Mit Automatisierungsverfahren, risikoorientierter Fallauswahl oder maschineller Kontrolle der Steuererklärungen soll versucht werden die Arbeit zu bewältigen. Für die DSTG steht fest, dass die Steuerausfälle weiter ansteigen werden, wenn mit fortgesetztem Personalabbau die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen erhöht wird. Die DSTG wird der Politik verdeutlichen, dass nicht allein mit maschinellen Verfahren oder neuen Organisationsmaßnahmen eine gerechte und stabile Besteuerung sicherzustellen ist. Sämtliche Maßnahmen, wie Controlling und Leistungsvergleich, Budgetierung oder Kosten-Leistungsrechnung können lediglich unterstützende Wirkung entfalten, die Arbeit des Beschäftigten in der Finanzverwaltung ersetzen sie nicht.

Die DSTG wird konstruktiv die Fortentwicklung einer modernen EDV-Ausstattung begleiten. Als Sackgasse stellte sich heraus, dass sich die EDV-Landschaft in den letzten 30 Jahren in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich entwickelt hat. Der Versuch, mit dem Fiscus-Projekt ein bundeseinheitliches Datenverarbeitungssystem in den Steuerverwaltungen der Länder zu schaffen, ist gescheitert – die Schwachpunkte des Projekts Fiscus wurden von der DSTG frühzeitig aufgezeigt.

Die DSTG wird die neue Vorgehensweise zur Vereinheitlichung der EDV-Landschaft mit dem Namen KONSENS (koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung) unterstützen. Der wichtigste Unterschied zum Vorgängerprojekt Fiscus ist, dass die Steuerungsfunktion für Strategie und Architektur der Informationstechnik durch fünf große Bundesländer – Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen – unter Mitwirkung des Bundes einheitlich bestimmt wird. Zudem haben sich alle Länder verpflichtet, die einheitliche Software einzusetzen. Wichtig für die DSTG ist es, dass Parallelprogrammierungen vermieden werden und so entstehende Effizienzgewinne für eine bessere Personalausstattung in den Finanzämtern sowie für eine Modernisierung der Geräteausstattung verwendet werden.

Probleme im weiteren Ablauf dürfen nicht vorschnell als Druckmittel für die Forderung nach einer Bundessteuerverwaltung benutzt werden.

► Neue Wege in funktions- und leistungsgerechter Bezahlung notwendig

Die DSTG wird sich den neueren Entwicklungen rund um eine funktions- und leistungsgerechte Bewertung und Bezahlung der Beschäftigten der Finanzverwaltung stellen und ihren Einfluss geltend machen.

Eine funktionsgerechte Bewertung und Bezahlung ist untrennbar verbunden mit Motivation, optimalem Betriebsklima und individueller Leistungsbereitschaft.

Die derzeit gültigen, vom Bundesgesetzgeber geschaffenen, besonderen Stellenplanobergrenzen für die Steuerver-

► Info

Kollege Joachim Rothe beendet erfolgreiche Arbeit



Bei dem Aufbau von DSTG und Personalvertretung in den neuen Bundesländern engagierte sich Kollege Joachim Rothe schon frühzeitig nach der Wiedervereinigung für die Belange der Kolleginnen und Kollegen. Nach seiner Wahl zum DSTG-Ortsvorsitzenden beim Finanzamt Chemnitz-Süd im Jahr 1990 übernahm er gut ein Jahr später den Vorsitz des DSTG-Landesverbandes Sachsen. 1995 wurde er stellvertretender Vorsitzender des Sächsischen Beamtenbundes, der 13. Steuer-Gewerkschaftstag in Wiesbaden wählte ihn im gleichen Jahr zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der DSTG. Fortan hat sich Kollege Joachim Rothe mit viel Geschick und Umsichtigkeit für die Interessen der neuen Länder eingesetzt.

Als Mitbegründer und Vorsitzender der DSTG-Sachsen, als jahrelanger HPR- und BPR-Vorsitzender hat Kollege Joachim Rothe viel für die gewerkschaftliche Arbeit und über sein Wirken als Personalrat für die Beschäftigten der Steuerverwaltung des Freistaats geleistet. Mit Sachverstand und Kompetenz, aber auch durch Respekt vor der Arbeit des Anderen erarbeitete er sich bei Verwaltung und Beschäftigten Vertrauen und Anerkennung. Wegen seiner verlässlichen und konstruktiven Art war er bei Verwaltung und in der Politik ein kompetenter und geschätzter Gesprächspartner.

Die DSTG dankt ihm für sein außerordentliches Engagement und wünscht ihm in seinem Ruhestand alles Gute.

waltung gelten bis zum 1. Juni dieses Jahres fort. Wenn die Landesregierungen aufgrund ihrer neuen Gesetzgebungskompetenz für Besoldung und Versorgung nicht bis zu diesem Datum neues Recht schaffen, fallen diese besonderen Bewertungen für die Steuerverwaltung weg und es würden die allgemeinen Stellenplanobergrenzen des § 26 Abs. 1 Bundesbesoldungsgesetzes eingehalten.

Die DSTG sieht es deshalb als unabdingbar an, dass alle Länder von ihrer Befugnis Gebrauch machen und für die Steuerverwaltung besondere Stellenplanobergrenzen als Landesrecht schaffen.

► Interne Ausbildung ist beizubehalten

Auch das Thema rund um die Aus- und Fortbildung der Be-

schäftigten der Steuerverwaltung wird weiterhin ein wichtiges Aufgabenfeld gewerkschaftlicher Aktivität darstellen. Aufgrund steigender Anforderungen an jeden einzelnen Beschäftigten müssen zukünftig die hohe Qualität und die Einheitlichkeit der Steuerbeamtenausbildung erhalten bleiben. Wichtig ist hierbei, der Bestand der internen Ausbildung, denn Ausbildungsexternalisierung würde bewährte Strukturen zerstören und so die hohe Ausbildungsqualität gefährden.

► Völlig neues Tarifrecht eingeführt

Das Inkrafttreten des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) zum 1. Oktober 2005 sowie der Annahme des Tarifvertrags für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in

den Ländern (TV-L) am 20. Mai 2006 und den sich daraus ergebenden Neuerungen führten zu einem völlig neuen Tarifrecht. Die DSTG begleitete die schwierigen und zähen Tarifverhandlungen aktiv und war mit regionalen Informations- und Schulungsveranstaltungen vor Ort zur Stelle, um mit den verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen die neuen Tarifverträge zu analysieren. Ein wichtiger Rahmen kommender gewerkschaftlicher Aktivität im Bereich des Tarifrechts wird u. a. die konkrete Ausgestaltung der leistungsorientierten Bezahlung sein. Daneben sind die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder über die zukünftigen Eingruppierungsvorschriften für die Landesbeschäftigten bis spätestens Mitte 2009 abzuschließen.

Der Ausblick zeigt, dass die Zeiten noch härter werden, die berechtigten Interessen der Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern durchzusetzen.

Künftig geht es bei der gewerkschaftlichen Arbeit verstärkt um besoldungs- und dienstrechtliche Fragen und in diesem Zusammenhang vor allem um die bundesweite Erhaltung der Sonderstellung der Steuerverwaltung.

Die DSTG wird auf der Ebene des Bundes und der Länder dafür kämpfen, dass der nach der Föderalismusreform drohende Flickenteppich im Beamten- und Versorgungsrecht nicht weiter zerzaust. Die dafür notwendigen Eckpfeiler werden Ende Juni dieses Jahres in Chemnitz gesetzt.

Die bisherige Kandidatenliste für die Wahl der DSTG-Bundesleitung

Dieter Ondracek

(Bayerische Finanzgewerkschaft)



Vom Mitglied im Ortsvorstand der Bayerischen Finanzgewerkschaft beim Finanzamt Regensburg im Jahr 1970 verlief die gewerkschaftliche Karriere des heutigen DSTG-Bundesvorsitzenden über den Ortsvorsitz, die Mitgliedschaft im Landes-

vorstand der Bayerischen Finanzgewerkschaft im Jahr 1978 und den Vorsitz beim bfg-Bezirksverband Nordbayern bis 1995 an die Spitze der DSTG. Auf dem 13. Steuer-Gewerkschaftstag in Wiesbaden wurde Kollege Dieter Ondracek zum Bundesvorsitzenden der DSTG gewählt. Zuvor sammelte der DSTG-Chef Erfahrungen in der Personalratsarbeit in den Jahren 1975 bis 1995 als Vorsitzender des Personalrats beim Finanzamt Regensburg, als Vorsitzender des Bezirkspersonalrats bei der Oberfinanzdirektion Nürnberg sowie als Mitglied im Hauptpersonalrat beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen. Seit 1995 ist Kollege Dieter Ondracek Mitglied des dbb Bundesvorstandes. 1999 wurde er zum Präsidenten der Union des Finanzpersonals in Europa (UFE) gewählt. Seit 2003 gehört Kollege

Dieter Ondracek der dbb Bundesleitung als stellvertretender dbb Bundesvorsitzender an. Kollege Dieter Ondracek bewirbt sich erneut für das Amt des Bundesvorsitzenden der DSTG.

Manfred Lehmann

(Landesverband Nordrhein-Westfalen)



Seit seiner Einstellung in die Steuerverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahr 1977 engagiert sich Kollege Manfred Lehmann sowohl auf gewerkschaftlicher als auch personalvertretungsrechtlicher Ebene. 1996 wechselte er vom örtlichen Personalratsvorsitz beim Finanzamt Köln-West sowie aus dem Bezirkspersonalrat bei der Oberfinanzdirektion Köln in den Hauptpersonalrat beim Finanzministerium Nordrhein-Westfalen. Gewerkschaftlich engagierte sich Kollege Manfred Lehmann in der DSTG-Jugend. Derzeit ist er Vorsitzender des DSTG-Bezirksverbands Köln, stellvertretender Vorsitzender beim DSTG-Landesverband Nordrhein-Westfalen und seit 1999 stellvertretender DSTG-Bundesvorsitzender. Kollege Manfred Lehmann ist Mitglied im Landeshauptvorstand des dbb Nordrhein-Westfalen

sowie im dbb Bundeshauptvorstand.

Nach langjähriger Tätigkeit in der Rechtsbeihilfstelle ist Kollege Manfred Lehmann derzeit nach kurzer Etappe im Referat Organisation der Oberfinanzdirektion Köln seit 2005 Sachgebietsleiter im Finanzamt Köln-West.

Kollege Manfred Lehmann kandidiert erneut für das Amt eines stellvertretenden DSTG-Bundesvorsitzenden.

Helmut Overbeck

(Landesverband Nordrhein-Westfalen)



Kollege Helmut Overbeck fand vom stellvertretenden Ortsvorsitzenden schnell den Weg in leitende Gremien beim DSTG-Bezirksverband Westfalen-Lippe, der DSTG-Tarifkommission sowie der dbb tarifunion. Seit 1990 ist er Mitglied des Haupt-

personalrats beim Finanzministerium Nordrhein-Westfalen. 1991 übernahm Kollege Helmut Overbeck das Amt des Vorsitzenden der DSTG-Tarifkommission. Auf dem 12. Steuer-Gewerkschaftstag in Bremen 1991 wurde er in das Amt des stellvertretenden DSTG-Bundesvorsitzenden gewählt. Kollege Helmut Overbeck gehört als stellvertretender Vorsitzender der Leitung der dbb tarifunion an. Zudem hat er den Vorsitz der dbb Tarifkommission inne.

Für eine Wiederwahl zum stellvertretenden DSTG-Bundesvorsitzenden steht Kollege Helmut Overbeck zur Verfügung.

Anne Schauer

(Landesverband Hessen)

Anne Schauers gewerkschaftliches Engagement in der DSTG begann 1975 in der Landesjugendleitung Hessen. Anfang der 1980er Jahre übernahm sie gewerkschaftliche Verantwortung als stellvertretende Bundesjugendleiterin auf Bundesebene. Der 10. Steuer-Gewerkschaftstag in Hannover wählte Kollegin Anne Schauer 1983 in das Amt der stellvertretenden DSTG-Bundesvorsitzenden. Seit 1989 ist sie Landesvorsitzende der DSTG-Hessen. Seit 2004 ist sie Mitglied im Bundesvorstand des dbb. In der Personalratsarbeit engagierte



sich Kollegin Anne Schauer seit 1976 als Mitglied im örtlichen Personalrat beim Finanzamt Frankfurt/Höchst und beim Hauptpersonalrat beim Hessischen Finanzministerium. Den Vorsitz des Hauptpersonalrats hat sie seit 1988 inne.

Kollegin Anne Schauer kandidiert auch in Chemnitz für das Amt einer stellvertretenden DSTG-Bundesvorsitzenden.

Thomas Eigenthaler

(Landesverband Baden-Württemberg)

Kollege Thomas Eigenthaler fand seinen Weg in die Steuerverwaltung 1974 als Finanzschüler. Nach einigen Jahren als Sachbearbeiter entschied er sich für ein Jurastudium und fand 1992 zum zweiten Mal den Weg in die Steuerverwaltung Baden-Württembergs. Als Sachgebietsleiter, wissen-

schaftlicher Mitarbeiter im Landtag, Referent für Organisation und Leiter des Präsidialbüros bei der Oberfinanzdirektion Stuttgart sammelte er vielfältige Erfahrungen und ist seit 2002 Vorsteher beim Finanzamt Stuttgart III. In die DSTG trat Kollege Thomas Eigenthaler 1996 ein. Dort ist er Mitglied des Landesvorstandes der DSTG-Baden-Württemberg (Fachreferent höherer Dienst) sowie beratendes Mitglied im Bezirksverband Württemberg. Kollege Thomas Eigenthaler ist Mitglied des Bundeshauptvorstandes des dbb. Der 15. Steuer-



er-Gewerkschaftstag in Berlin wählte Kollegen Thomas Eigenthaler 2003 zum stellvertretenden DSTG-Bundesvorsitzenden. Er ist Schriftleiter der Steuer-Warte.

Kollege Thomas Eigenthaler kandidiert erneut für das Amt eines stellvertretenden DSTG-Bundesvorsitzenden.

Gewerkschaftstag des Landesverbandes Berlin:

Maschinelles Risikomanagement führt zu „Gleichmäßigkeit in der falschen Besteuerung“

Der Steuer-Gewerkschaftstag des Landesverbandes Berlin stellte am 8./9. Mai personell und inhaltlich die Weichen für die nächsten fünf Jahre Gewerkschaftsarbeit. Gleichzeitig wurden die Forderungen der DSTG an Politik und Verwaltung deutlich gemacht.

Im Mittelpunkt der Arbeitstagung stand die Neuwahl der Landesleitung. Detlef Dames

wurde einstimmig im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt. Auch die stellvertretenden Vor-

sitzenden Mario Moeller, Bernd Raue, Rolf Herrmann, Jürgen Köchlin und Frank Schröder sowie Rainer Schröder und Christa Röglin – die beiden letzteren als Schatzmeister/in – wurden mit hervorragenden Ergebnissen wieder in die Landesleitung gewählt. Ergänzt wird die Reihe

der stellvertretenden Vorsitzenden um Carola-Maria Collé. Die Landesleitung wird durch die satzungsmäßigen Mitglieder Martina Daßler (Vorsitzende der Landesfrauenvertretung,) und Benjamin Wegner (Vorsitzender der Jugend) vervollständigt.

Die Zahl der zu beratenden Anträge war mit über 90 so hoch wie lange nicht – ein Beleg sowohl für die Aktivität der Bezirksgruppen als auch für die Vielzahl an Problemen in der Steuerverwaltung. Die Anträge befassten



Die neu gewählte Landesleitung des Landesverbandes Berlin.

sich mit den Ausbildungsbedingungen und der Übernahme-situation in Berlin, mit Angelegenheiten der Verwaltung (von der Stellen- und Personalsituation über Beurteilungen bis hin zum Gebäudemanagement) sowie mit dem Dienst- und Tarifrecht.

Die Kernforderungen der Anträge bildeten das Gerüst für die Öffentlichkeitsveranstaltung des Steuer-Gewerkschaftstages, den unbestrittenen Höhepunkt der zweitägigen Veranstaltung. Neben zahlreichen Vertretern aus dem gewerkschaftlichen Umfeld – darunter der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek, seine Stellvertreter Anne Schauer, Thomas Eigenthaler, Helmut Overbeck und Joachim Rothe, der Ehrenvorsitzende der DSTG Hermann Fredersdorf und der Vorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion berlin Joachim Jetschmann – konnten auch Vertreter aller im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen

Parteien als Gäste begrüßt werden. Hinzu kam eine Vielzahl weiterer Gäste, unter anderem auch der Leiter des Bildungszentrums der Finanzverwaltung des Landes Brandenburg – wo die Ausbildung für die Berliner Steuerverwaltung stattfindet – Rudolf Oehmen. Als Vertreter der Senatsverwaltung für Finanzen konnte Utz Eichholtz begrüßt werden.

Detlef Dames forderte in seiner Rede eine Abkehr vom Stellen- und Personalraubbau. Die vom Finanzsenator Dr. Thilo Sarrazin geprägte „Entbehrungsquote“ brandmarkte er als Missachtung der Arbeit der Beschäftigten in der Steuerverwaltung. Den ständig wiederholten Hinweis auf andere Bundesländer kommentierte der DSTG-Landesvorsitzende mit den Worten: „Es ist nicht schlau, sich anderen Dummen anzuschließen“. Im Übrigen zielten alle organisatorischen Maßnahmen nur darauf ab, den

erhöhten Arbeitsanfall mit dem unzureichenden Personalbestand zu bewältigen. So würden durch das Risikomanagement zwar die Beschäftigten von Entscheidungszwängen entlastet, gleichzeitig würden aber Steuermindereinnahmen in Kauf genommen. Der maschinelle Risikofilter habe derzeit nur einen Vorteil: „Es findet eine Gleichmäßigkeit in der falschen Besteuerung statt“. Dames kritisierte, dass die Einführung des maschinellen Risikomanagements anfänglich eine intensivere Prüfung risikobehafteter Fälle eröffnen sollte, die Senatsverwaltung für Finanzen nun aber weitere Personaleinsparungen plant. „Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen! Ein seriöser und partnerschaftlicher Umgang miteinander sieht anders aus!“, stellte der Landesvorsitzende in Richtung Verwaltung klar. Dies gelte auch in Bezug auf das Kombi-Sachgebiet, das gegen den Willen der Beschäftigten, gegen die Einwände der Gewerkschaften und des Gesamtpersonalrats und gegen die Bedenken der meisten Vorsteherinnen und Vorsteher durchgesetzt werden soll. „Wir sind auf dem besten Weg, Universaldilettanten zu werden“, zitierte Dames einen Juristen aus einem Berliner Finanzamt. Zwar traue die Senatsverwaltung für Finanzen den Beschäftigten derzeit

nicht zu, das Wissen aus allen Bereichen abdecken zu können. Künftige Lehrgangabsolventen sollten hierzu aber in der Lage sein. „Wen meint die Senatsverwaltung für Finanzen denn damit? Etwa die 15 Nachwuchskräfte des gehobenen Dienstes, die im Kalenderjahr 2007 angeblich in Ausbildung gebracht werden sollen?“, fragte der Landeschef unter dem tosenden Beifall der Anwesenden.

Unterstützung erhielten die Forderungen der DSTG Berlin vom DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek und dem Vorsitzenden des dbb berlin Joachim Jetschmann. „Ohne Moos nix los“, stellte Ondracek fest. Ärger und Frust über eine unzureichende Bezahlung seien leistungsbremsend. Es sei höchste Zeit, die Fehler der Vergangenheit bei der Bezahlung der Beschäftigten zu korrigieren. Zudem übte der DSTG-Chef heftige Kritik an der geplanten Unternehmensteuerreform und prangerte die vorgesehene Abgeltungsteuer auf Kapitaleinkünfte als ungerecht an. Hier würde eine Steueroase in Deutschland gegründet, die den Staat rund 5 Milliarden Euro koste. Jetschmann forderte die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen zur Einkommenserhöhung im Rahmen des Anwendungstarifvertrages sowie deren Übernahme für die Beamtinnen und Beamten.

·Über 50 Jahre Erfahrung
 ·erstklassige Dozenten
 ·hoher Lernerfolg
 ·eigenes, bewährtes Lehrmaterial

www.steuerfachschule.de

Die Spezial-Schule für Fort- und Weiterbildung
im Steuer-, Rechnungswesen & Controlling

STEUER-FACHSCHULE
DR. ENDRISS

STEUERBERATER

- Vollzeitlehrgang:** 13 Wochen, ab Mai 2008, Köln
- Kombi-Lehrgänge:** - Samstags- und Vollzeit im Wechsel
- Mai 2008 – August 2009 in Frankfurt, Hamburg, Köln/Düsseldorf, München
- Samstagslehrgänge:** 15 Monate ab Juni 2007 in Dortmund, Frankfurt, Hannover, Köln
- Klausurenlehrgang:** 4 Wochen Klausuren und Besprechung ab Ende August 2007 in Frankfurt, Köln, München
- Klausurentchnik:** 6 Sonntage im Sommer
- mündl. Prüfungsvorbereitung:** ab 26.01.2008 in Frankfurt
ab 05.02.2008 in Köln

Weitere Lehrgänge und Seminare bundesweit

Bilanzbuchhalter, Bilanzbuchhaltung – International, Steuerfachwirt, Controller, IAS/IFRS-Accountant, US-GAAP, SAP

STEUER-FACHSCHULE
DR. ENDRISS
Ein Unternehmen der AMADEUS FIRE-Gruppe

Lichtstraße 45-49 · 50825 Köln
Tel. (0221) 93 64 42-799 · Fax (0221) 93 64 42-33
E-Mail: info@steuerfachschule.de

JETZT GASTHÖRERSCHEIN
ANFORDERN!

DSTG lehnt Abgeltungsteuer entschieden ab

In diesen Tagen geht das zentrale Steuerprojekt der Großen Koalition – die Unternehmenssteuerreform – über die parlamentarische Bühne. Teil dieses Projektes ist auch die so genannte Abgeltungsteuer, die ab dem Jahre 2009 gelten soll. Kern der geplanten Abgeltungsteuer ist die Schaffung eines Sondersteuerrechts speziell und nur für die Einkünfte aus Kapitalvermögen. Sie werden mit maximal 25 % Kapitalertragsteuer belastet. Hinzu kommen Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer. Mit diesem Steuerabzug ist die Steuerpflicht abgegolten. Den Steuerabzug nimmt das auszahlende Kreditinstitut vor. Dieses soll auch ausländische Steuern gegenrechnen, die Kirchensteuer festsetzen sowie einen pauschalen Sonderausgabenabzug berücksichtigen. In die Abgeltungsteuer werden auch Gewinne und Verluste aus Wertpapierspekulationsgeschäften einbezogen; diese Posten stellen künftig Einkünfte aus Kapitalvermögen dar. Auch hier sind künftig die Banken zuständig: Sie ermitteln Gewinne und Verluste und verwalten so genannte Verlustvortragstöpfe. Beim Steuerabzug haben die Institute den Sparer-Pauschbetrag in Höhe von 801/1.602 Euro zu berücksichtigen, eine Zusammenfassung des bisherigen Werbungskostenpauschbetrages und des Sparerfreibetrages; weitere Werbungskosten können nicht mehr geltend gemacht werden. Falls der Grenzsteuersatz unter 25 % liegt, ist eine Veranlagungsoption vorgesehen.

Anfang Mai fand im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages die parlamentarische Sachverständigenanhörung statt. Bei der mehrstündigen Anhörung wurde die DSTG

durch ihren stellvertretenden Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler vertreten. Sowohl in der vorausgegangenen schriftlichen Stellungnahme wie auch bei der Anhörung hat sich die DSTG sehr kritisch zur Abgeltungsteuer positioniert. Die Kritikpunkte sind aus Sicht der DSTG gravierend. So weist die Abgeltungsteuer den verfassungsrechtlich außerordentlich problematischen Weg in die sogen. Schemata-Steuerung, d. h. eine Einkunftsart wird anders besteuert als die übrigen. Für Bezieher hoher Einkünfte aus Kapitalvermögen bedeutet dies aus Sicht der DSTG eine unzulässige Privilegierung und ist damit ein glatter Verstoß gegen das Gebot gleichmäßiger Besteuerung bei gleicher Leistungsfähigkeit. Immerhin beträgt die Spreizung beim Einkommensteuersatz bis zu 20 Prozentpunkte!

Nachdrücklich hob DSTG-Vize Thomas Eigenthaler gegenüber den Abgeordneten hervor, dass das neue Recht keineswegs eine Vereinfachung gegenüber dem bisherigen Recht bedeute. Vielmehr müsse das Finanzamt in zahlreichen Fällen korrigierend eingreifen und Veranlagungen durchführen. Heftig kritisierte er in der Anhörung, dass den Banken eine völlig neue Rolle zuwache. Da es ein spezielles Kapitalertragsteuer-Prüfungsverfahren nicht gebe, sei es nahezu unmöglich, Fehler zu Lasten des Fiskus aufzudecken. Es sei höchst bedenklich, dass Banken künftig alleine Gewinne und Verluste bei Spekulationsgeschäften ermittelten, Verlustvortragstöpfe verwalten, ausländische Steuern berücksichtigen, die Kirchensteuer berechneten und den entsprechenden Sonderausga-

Sparen Sie über 70,- Euro

und genießen Sie die perfekte Passform dieser Original Büffel-Lederhose



Diese Büffel-Lederhose ist der Verkaufshit in Amerika. Bekannte Hollywood-Größen tragen sie zu allen Anlässen. Gefertigt im klassischen Gerade-Schnitt wird bei dieser Hose nur besonders weiches und geschmeidiges Büffel-Leder verwendet. Bis zu den Knien ist sie mit einem seidenweichen Satin-Stoff gefüttert. Das geschmeidige Büffel-Leder dehnt sich durch die Körperwärme und passt sich immer perfekt Ihrem Körper an. Die Hosenbeine können Sie mit einer einfachen Haushalts-Schere individuell auf Ihre Länge abschneiden. Greifen Sie schnell zu. Dieser Preis ist wirklich sensationell.

„Büffel-Lederhose“ dunkelbraun Art.Nr. 31446

3,8 cm Bundbreite, für Gürtelbreiten bis 4 cm

mit stabilen Zwirnfäden vernäht

Extra-weiches Büffel-Leder

bis zu den Knien satin-gefüttert

reißfest bis 130 kg/cm²

Länge: mit jeder Schere individuell abschneidbar

*statt 181,00 Personal-Rabatt **-39%** Personal-Preis

€ 109,99

Art.Nr. 31446

2 Jahre Voll-Rückgabe auf Kosten des Herstellers

Bestseller

Ihre Größe

Er	42	43	44	46	48	48-50	50	52	54	56	58	60
Sie	34	36	38	38-40	40	42	42-44	44	46	-	-	-

= Bestellgröße

Inch	27	28	29	30	31	32	33	34	36	38	40	42
------	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

*Stichtpreise beziehen sich auf Hersteller-Listenpreise

Personal Shop Handels-GmbH
 Bahnhofstraße 500
 82467 Garmisch-P.

PERSONAL-BEZUGSSCHEIN mit 20 Tage Umtausch- und Rückgaberecht

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	Einzelpreis €
	31446		Original Büffel-Lederhose	109,99
<input type="checkbox"/> Aktueller Personal-Shop-Katalog				GRATIS

Absender (bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Geburtsdatum _____

Angebot gültig für **Aktion Nr. 9123**
 DBB-Magazin - Leser

Lieferung erfolgt gegen Rechnung in Reihenfolge des Bestelleingangs. Bitte keine Zahlungsmittel beilegen. Angebote gelten nur in Deutschland und solange Vorrat reicht.

benabzug ohne jede Mitwirkung des Finanzamts vorzunehmen. Eigenthaler forderte ausdrücklich, den geplanten Verzicht auf die zusammengefasste Jahresbescheinigung wieder zurückzunehmen. Deren geplante Abschaffung sei eine massive Beeinträchtigung von Verbraucherinteressen. Schließlich müsse der Bankkunde exakt nachvollziehen können, was die Bank in steuerlicher Hinsicht getan habe. Angesichts der politischen Großwetterlage sowie des massiven Eintretens der Finanzwelt für die Abgeltungsteuer – dort wird allerdings noch eine weitere Absenkung des Steuersatzes

gefordert – wird die Abgeltungsteuer zunächst wohl plangemäß kommen. Die Schwachstellen sind jedoch offensichtlich: Neben einer offensichtlichen Privilegierung von Beziehern hoher Einkünfte aus Kapitalvermögen erfolgt de facto eine Teilprivatisierung des Finanzamts auf dem Feld der Kapitaleinkünfte. Die DSTG beklagt nachdrücklich diese Fehlentwicklung des Steuerrechts. Sie rechnet schon heute, übrigens im Einklang mit führenden Steuerrechtsexperten, mit neuerlichen Verfassungseinsprüchen, die die Finanzämter überschwemmen werden. ■

Konsequenzen aus Anhörung von Experten:

Unternehmenssteuerreform wird nachgebessert

Massive Kritik in den Expertenanhörungen Ende April und Anfang Mai dieses Jahres im Bundestagsfinanzausschuss haben dazu geführt, dass der Gesetzentwurf zur Unternehmenssteuerreform 2008 zumindest teilweise geändert wurde.

Unter anderem soll die Zins-schranke gelockert werden. Zwar sollen wie bisher lediglich 30 Prozent des Gewinns als Betriebsausgaben geltend gemacht und höhere Zinszahlungen in die Folgejahre vorgetragen werden können. Bei der Ermittlung der maßgeblichen Bemessungsgrundlage sollen zukünftig jedoch auch Abschreibungen einbezogen werden – insgesamt gesehen ergibt sich damit für die Unternehmen eine Entlastung.

Die ebenfalls von der DSTG in der Expertenanhörung kritisierte Poolabschreibung bei geringwertigen Wirtschaftsgütern wurde teilweise geändert. Statt wie bisher vorgesehen, die Möglichkeit zur Sofortabschreibung nur geringwertige Wirtschaftsgüter bis 100 Euro Anschaffungskosten zuzulassen, soll diese Grenze nunmehr auf 150 Euro angehoben werden. Geringwertige Wirtschaftsgüter zwischen 150 Euro und 1 000 Euro sollen nach wie vor in einem Pool zusammengefasst und über fünf Jahre hinweg abgeschrieben werden können.

Der Gesetzgeber erweiterte auch die Voraussetzungen für die Bildung von steuerfreien Rücklagen für Investitionen. Zunächst war angedacht, dass nur die Unternehmen, deren



Ortsverband Plauen in der Bundesgeschäftsstelle

Im Rahmen einer Berlin-Fahrt, die u. a. die Besichtigung des Reichstags und eine Diskussion mit der Wahlkreisabgeordneten vorsah, stattete der Ortsverbandsvorsitzende Friedemar Schmidt mit seinen Kolleginnen und Kollegen auch der DSTG-Bundesgeschäftsstelle einen Besuch ab. Hier informierte DSTG-Bundesgeschäftsführer Rafael Zender über Organisation und Arbeit der DSTG-Bundesgeschäftsstelle sowie aktuelle steuerpolitische Vorhaben und dienstrechtliche Entwicklungen. ■

Betriebsvermögen höchstens 210 000 Euro beträgt, 40 Prozent der zukünftigen Anschaffungskosten für bewegliche Wirtschaftsgüter in eine steuerfreie Rücklage einstellen dürfen. Nach den neuen Planungen beträgt diese Betriebsvermögensgrenze nun 235 000 Euro.

Darüber hinaus sollen geschäftsübliche Skonti, Rabatte und Boni nicht zum gewerbesteuerlichen Gewinn hinzuge-rechnet werden, um den Ermittlungsaufwand für diese Beträge nicht weiter zu erhöhen. Die Finanzierungsanteile in Mieten, Pachten und Leasingra-

ten wurden trotz Kritik aus der Wirtschaft jedoch nicht gesenkt.

Im Rahmen der ab dem 1. Januar 2009 geplanten Abgeltungsteuer soll der Abzug von Verlusten aus Aktienverkäufen auf Gewinne auf lediglich diese Geschäfte beschränkt werden. Damit bleibt die jetzige Rechtslage erhalten. Zuvor war geplant, dass alle Kapitaleinkünfte untereinander unbeschränkt verrechnet werden können.

Nach der Zustimmung im Bundestag in zweiter und dritter Lesung am 25. Mai stand das Gesetz am 8. Juni auf der Tagesordnung des Bundesrates. ■

Seminar „höherer Dienst“ in Königswinter ist ein Magnet

Einmal im Jahr veranstaltet die DSTG im Rahmen ihres Seminarkonzeptes auch eine Veranstaltung speziell für Beschäftigte im höheren Dienst. Das Seminar dauert jeweils drei Tage. Es findet an der renommierten Akademie des Deutschen Beamtenbundes in Königswinter statt. Dort treffen sich sowohl jüngere wie auch gestandene Kolleginnen und Kollegen des höheren Dienstes. Unter der Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der DSTG, Thomas Eigenthaler, erhalten die Teilnehmer wichtige Informationen aus erster Hand, und es werden gemeinsame Probleme der täglichen Praxis diskutiert. Ebenso schätzen aber alle Teilnehmer das gewerkschaftliche, das solidarische Miteinander über Landesgrenzen hinweg. Viele empfinden dieses Netzwerk als wichtigen Baustein für die tägliche Arbeit.

Die diesjährige Veranstaltung fand Ende April statt. Der stellvertretende DSTG-Vorsitzende Thomas Eigenthaler konnte wiederum Vertreter aus fast allen Bundesländern begrüßen. Als erster Referent führte Eigenthaler in aktuelle Fragen

der Steuerpolitik ein und informierte über die Grundstrukturen des neuen REIT-Gesetzes, das sowohl in gesellschaftsrechtlicher wie in steuerlicher Hinsicht viel Neues, aber auch viel Unverständliches bringt. Im zweiten Teil seines Referats informierte Eigenthaler über die geplante Unternehmenssteuerreform und die beabsichtigte Abgeltungsteuer.

Ein weiterer Seminarschwerpunkt war ein Referat des Vize-Chefs des Rechenzentrums Nordrhein-Westfalen, Dr. Heinz-Peter Röhrs, zum Thema KONSENS. Röhrs stellte anschaulich und hochkompetent das Nachfolgeprojekt zu FISCUS dar. Während Letzteres sich ja als millionenschwerer Flop entpuppte, spricht derzeit Einiges dafür, dass sich mit KONSENS die Dinge auf dem bundeseinheitlichen EDV-Sektor nun in eine positive Richtung entwickeln. Erste Teilprodukte kommen bereits im Hintergrund zum Einsatz.

Auf großes Interesse der Teilnehmer stieß auch der Seminarblock „Tarifpolitik“, der vom stellvertretenden DSTG-Vorsitzenden und Vize der dbb tarif-

union, Helmut Overbeck, bestritten wurde. Kenntnisreich und als anerkannter Fachmann umriss er die Grundlinien des neuen TV-L sowie des TV-Leistung. Engagiert warb er bei den Teilnehmern für die von den Tarifparteien vereinbarte On-Top-Leistungsbezahlung im Tarifbereich. Ergänzt wurde dieser Block durch ein Referat von Thomas Eigenthaler zu den aktuellen Entwicklungs-

tendenzen im Öffentlichen Dienstrecht nach der Föderalismusreform. Die Reform hat ja bekanntlich für Landesbeamtinnen und -beamte zu einer Verlagerung der Kompetenzen für Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht auf die Länder geführt. Zum Ausklang referierte der Chef des Finanzamts Ludwigshafen, Dr. Hans Hermann Bowitz, über „Event Manage-

Bei der Stadt Gelsenkirchen ist im Referat Stadtkämmerei und Finanzen die Stelle einer/eines

Sachbearbeiterin/Sachbearbeiters für die Abteilung „Finanzierungen und Steuern“

zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen.

Aufgabenschwerpunkte:

- Bearbeitung von Angelegenheiten, in denen die Stadt als Steuerpflichtige agiert, insbesondere in den Bereichen der Umsatz- und Ertragssteuern
- Steuerrechtliche Schulung und Unterstützung der Mitarbeiter/innen in den städtischen Fachreferaten sowie in den städtischen Betrieben gewerblicher Art
- Unterstützung des Beteiligungscontrollings in steuerlicher Hinsicht
- Aufbereitung von projektbezogenen Steuersachverhalten
- Begleitung einzelner Betriebsprüfungen bei hiesigen Großunternehmen

Anforderungsprofil:

- Abgeschlossenes Studium zur/zum Dipl.-Finanzwirtin FH /Dipl.-Finanzwirt FH bzw. Dipl. Betriebswirtin FH /Dipl.-Betriebswirt FH (mit Studienschwerpunkt Steuerrecht)
- Mehrjährige Berufserfahrung in vergleichbarer Position
- Nachweisbare Fachkompetenz, insbesondere steuer- und bilanzrechtliche Kenntnisse sowie wirtschaftsrechtlicher Sachverstand
- Erfahrungen auf dem Gebiet Konzernbetriebsprüfungen
- Umfassende Kenntnisse auf den Gebieten der Umsatz- und Ertragssteuern

Darüber hinaus werden Kenntnisse in den Bereichen Zivilrecht, Handelsrecht und Internationales Steuerrecht (Grundlagen) erwartet, Kenntnisse im Bereich wirtschaftliche Betätigung von Kommunen sind von Vorteil. Die freie Stelle ist nach Entgeltgruppe 13 TVÖD bzw. Besoldungsgruppe A 13-gD BBes0 bewertet.

Als Ansprechpartner für weitere Auskünfte steht Ihnen Herr Gollan gern telefonisch zur Verfügung (Telefon 0209 / 169 2792).

Bewerbungen von Frauen sind ausdrücklich erwünscht. Gemäß Landesgleichstellungsgesetz NRW und den Richtlinien zur Frauenförderung bei der Stadtverwaltung Gelsenkirchen werden Frauen bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person des Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen. Eine Besetzung der Stelle mit Teilzeitkräften ist grundsätzlich möglich. Die Position ist - je nach Art der Behinderung - auch für Schwerbehinderte geeignet.

Bitte übersenden Sie Ihre aussagefähige Bewerbung mit den üblichen Unterlagen **bis spätestens zum 06.07.2007** an die

Stadt Gelsenkirchen
Referat Personal und Organisation
45875 Gelsenkirchen



Gelsenkirchen



> Zufriedene Gesichter: Teilnehmer des Seminars an der dbb akademie in Königswinter unter Leitung des stellvertretenden DSTG-Vorsitzenden Thomas Eigenthaler.

ment“ im Finanzamt. Dieses für viele unbekanntes Thema wurde naturgemäß mit Spannung erwartet. Dem Referenten gelang es auf souveräne Weise, den hohen Erwartungen gerecht zu werden. Dr. Bowitz warb in seinem plastischen Vortrag dafür, das Finanzamt nicht nur als nach innen gekehrte Organisation zu begreifen. Vielmehr müsse eine Behörde in einer Mediengesellschaft auch nach außen durch Aktionen und Veranstaltungen für ihre wichtige Arbeit werben und auf die besondere

Funktion öffentlich aufmerksam machen. Eine solche Präsentation verbessere den gesellschaftlichen und politischen Rückhalt und könne außerdem zu einer Solidarisierung der Beschäftigten mit „ihrem“ Finanzamt beitragen. Neben harter Seminararbeit kam auch das Gesellige nicht zu kurz. Viele interessante Smalltalks und das verbindende Kölsch am Abend rundeten das Ganze harmonisch ab. Fazit der Teilnehmer: Wir kommen wieder! ■

Seminar über neues Tarifrecht



> Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Tarifseminars in Berlin.

Das neue Tarifrecht nach Inkrafttreten des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) ist und bleibt ein Dauerbrenner im Seminarprogramm der DSTG. Kolleginnen und Kollegen aus elf Mitgliedsverbänden nahmen vom 10. bis 12. Mai 2007 in Berlin die Gelegenheit wahr, sich ausführlich von den Referenten informieren zu lassen. Das Seminar wurde von dem Vorsitzenden der Tarifkommission Helmut Overbeck geleitet.

Overbeck und Karl-Heinz Leverkus (BV Düsseldorf) berichteten u. a. über den TV-L und neue Qualifizierungskon-

zepte für die Fortbildung der Beschäftigten in der Finanzverwaltung. Die Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst im Jahr 2006 und die Gestaltung von Arbeitskampfmaßnahmen beleuchtete der stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbandes Westfalen-Lippe, Kollege Friedhelm Thomas. DSTG-Chef Dieter Ondracek informierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die aktuelle Gewerkschaftsarbeit auf Bundesebene.

Die Möglichkeit zu einem Besuch der DSTG-Bundesgeschäftsstelle rundete das Seminarprogramm ab. ■

Großer DSTG-Erfolg bei HPR- und BPR-Wahlen in Sachsen

Bei den Personalratswahlen am 15. Mai 2007 zum Haupt- sowie zum Bezirkspersonalrat ist die DSTG im Freistaat Sachsen durch ein tolles Wahlergebnis in ihrer bisherigen Arbeit bestätigt worden.

Von den 13 Sitzen der Vertreterinnen und Vertreter für die Gruppe der Beamtinnen und Beamten im HPR werden zukünftig acht von DSTG-Mitgliedern besetzt. Im Bezirkspersonalrat erlangte die DSTG bei der Beamtengruppe 10 von insgesamt 16 Sitzen.

Von den sechs Sitzen für die Gruppe der Angestellten erlangte die DSTG im HPR zwei und im Bezirkspersonalrat von drei Sitzen zwei. Bei der Gruppe der Arbeiter erreichte die DSTG in beiden Gremien von den jeweils zwei Sitzen einen Sitz.

In der HJAV konnte die DSTG von sieben Sitzen sechs für sich verbuchen, in der BJAV alle fünf.

Insgesamt bezeichnete der Vorsitzende des DSTG-Landesverbandes Sachsen, Kollege Günter Steinbrecht, die Wahlen als höchst erfolgreich – die DSTG habe mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten ihre starke Position behaupten können. ■

Lehrgänge zum Steuerberater in Düsseldorf



- Samstagslehrgang* seit 19.5.2007
- Dreimonatskurs* 4.6. – 24.8.2007
- Fernlehrgang* ca. 1 Jahr
- Klausurenkurs seit 1.4. – 15.9.2007
- Klausuren-Crash-Kurs 27.8. – 14.9.2007 NEU!**

DEUTSCHE AKADEMIE FÜR STEUERN, RECHT & WIRTSCHAFT

*inklusive Loseblattausgabe, Klausurenkurs, Vorbereitung auf das mündl. Examen

Begutachtet durch das Bundesinstitut für Berufsbildung. Zugelassen durch die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht.



Aktuelles Steuerrecht für Praktiker:

- Aktuelles Ertragsteuer-/Außensteuerrecht 15.9.2007
- Aktuelles Unternehmensteuerrecht 13.10.2007
- Aktuelles Verfahrensrecht 10.11.2007

50476 Köln, Postfach 10 36 65
 Tel.: (02 21) 4 20 56 20
 Fax: (02 21) 4 20 56 11
 E-Mail: steuer@stitz.de
Internet: www.stitz.de

Partner von
 Abels/Kallwas/Stitz
 Lehrgänge zum
 WP
www.aks-online.de

> TAUSCHHECKE

- Steuerinspektorin (A 9) aus Niedersachsen (OFD Hannover, FA Oldenburg) sucht aus familiären Gründen Tauschpartner/in aus NRW (OFD Rheinland). Versetzungsantrag ist gestellt. Bitte meldet Euch beim DSTG-Verlag, im FA unter 04 41/23 82 21 oder 01 71/2 63 97 70.
- Steuerinspektorin z. A. (A 9) aus NRW, OFD Münster, sucht DRINGEND einen Tauschpartner aus Schleswig-Holstein oder Hamburg, Versetzungsantrag ist bereits gestellt, Ringtausch ist auch möglich. Bitte meldet Euch unter 01 73/2 54 66 31.
- StAR'in (A 12) aus Schleswig-Holstein sucht Tauschpartner/in aus Bayern, Hessen, Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz. Auch Ringtausch. Versetzungsanträge sind gestellt. Tel. 01 63/9 86 62 97.
- Steueramtfrau (A 11) aus NRW sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus Schleswig-Holstein oder Hamburg. Versetzungsanträge wurden bereits vor längerer Zeit gestellt. Auch Ringtausch möglich. Bitte melden unter m4044@web.de oder 0 41 21/2 62 34 00 oder 01 72/2 75 52 36.
- StHS'in (A8) aus Hamburg sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner aus Hessen bzw. Berlin. Evtl. auch Ringtausch über ein anderes Bundesland möglich. Bei Interesse bitte 06101 / 50 11 80 bzw. Gundula.Kramer@arcor.de
- Steuerinspektorin z. A. (A 9) aus Schleswig-Holstein (FM Kiel, Finanzamt Stormarn) sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner/in aus Sachsen oder Sachsen-Anhalt. Versetzungsantrag ist bereits gestellt, Ringtausch ist auch möglich. Bitte meldet Euch beim DSTG-Magazin oder unter 01 62/2 01 11 37.
- Steuerobersekretärin (A 7) aus Hamburg sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner aus Schleswig-Holstein (A 6/A7). Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Ringtausch wäre möglich. Bitte meldet Euch beim DSTG-Magazin, bei mir 01 62 / 9 41 05 35 oder d. 0 40/4 28 11 50 60.
- StI'in z. A. (A 9) aus Niedersachsen (OFD Hannover) sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner/in aus Bayern, ggf. auch im Wege des Ringtausches. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte meldet Euch bei mir unter 01 76/22 21 76 79 oder E-Mail: madelein609@aol.com
- Steuersekretärin (A 6) aus dem Saarland sucht dringend eine/n Tauschpartner/in aus Rheinland-Pfalz, OFD Koblenz, FA Kaiserslautern. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Ringtausch ist möglich. Bitte meldet Euch unter 01 76/65 91 15 53.
- Steuerobersekretärin (A 7) aus Thüringen (FM Erfurt, Finanzamt Ilmenau) sucht aus familiären Gründen Tauschpartner/in aus Berlin oder Brandenburg. Auch Ringtausch. Versetzungsanträge sind gestellt. Tel. 01 77/4 54 77 24 oder sipbaht@freenet.de
- HStS'in (A 8) aus Bremen sucht zum 1. 10. 2007 einen Tauschpartner aus Hamburg! Versetzungsantrag ist gestellt, Ringtausch ist möglich. Bitte melde Dich unter 01 72/1 57 65 90.

Debeka Ihre Krankenversicherung

www.debeka.de



Höchste Zeit, ...

... dass Sie sich von den Vorteilen der Debeka-Krankheitskostenvollversicherung überzeugen: bedarfsgerechter Versicherungsschutz, günstige Beiträge, freie Arztwahl, keine Rezeptgebühren, Heilpraktikerbehandlung ...

Und sollten Sie in einem Kalenderjahr keine Leistungen in Anspruch nehmen, zahlen wir Ihnen bis zu 4 Monatsbeiträge zurück!

Sie haben Fragen? Wir informieren Sie gerne.

Erfahren. Sicher. Günstig.



Debeka
Krankenversicherungsverein a. G.
Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18
56058 Koblenz
Telefon (02 61) 498 - 0

Debeka